

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Birgit Stöver, Stephan Gamm,
Franziska Grunwaldt, Carsten Ovens (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Die CDU-geführte Bundesregierung löst das „Henne-Ei-Problem“ –
„Bundesprogramm Lade-Infrastruktur“ verleiht der Elektromobilität in
Hamburg endlich mehr Dynamik**

Alternative Antriebsformen sind für die Gestaltung moderner Mobilität in einer Millionenmetropole wie Hamburg von überragender Bedeutung. Diese sind, anders als klassische Verbrennungsmotoren, ideal geeignet, das ungebrochene Bedürfnis der Menschen nach Mobilität einerseits und das Erfordernis der umweltverträglichen Fortbewegung andererseits in Einklang zu bringen. Insbesondere mobilitätsfeindliche Verkehrsbeschränkungen, wie das vom Senat am 2. Mai 2017 beschlossene und vom Präses der Behörde für Umwelt und Energie (BUE) verkündete Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in der Max-Brauer-Allee und der Stresemannstraße, lassen sich mittels alternativer Antriebsformen verhindern.

Vor allem mit der Elektromobilität (E-Mobilität) können weniger Lärmemissionen, weniger Schadstoffausstoß und damit mehr Lebensqualität erreicht werden. Trotz dieses Alleinstellungsmerkmals bleibt ausgerechnet die Verbreitung von Autos mit Elektro-Antrieb (E-Autos) in Hamburg weit hinter den Erwartungen zurück. Laut Angaben des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) wurden 2016 in Hamburg gerade einmal 358 Autos mit einem reinen Elektroantrieb angemeldet. Das entspricht bei den Neuzulassungen für Hamburg einem Marktanteil von nur 0,26 Prozent (Bundesdurchschnitt: 0,34 Prozent, Berlin: 0,37 Prozent). Selbst unter Berücksichtigung der sogenannten Hybrid-Fahrzeuge, die Elektro- und Verbrennungsmotor in einem Antriebssystem vereinen, liegt Hamburg mit einem Anteil von 1,03 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt aller Bundesländer von 1,77 Prozent.¹

Bereits im vergangenen Jahr hatte die CDU-geführte Bundesregierung mit der „Kaufprämie für E-Autos“ auf einen wichtigen Anreiz zur Förderung der E-Mobilität gesetzt. Mittlerweile hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) noch einmal nachgelegt. Nachdem die EU-Kommission Mitte Februar die Genehmigung erteilt hat, startete zum 1. März 2017 das „Bundesprogramm Ladeinfrastruktur“². Seither konnten private Investoren, Gemeinden und Städte wie Hamburg entsprechende Förderanträge stellen. Aus dem gesamten Fördertopf in Höhe von 300 Millionen Euro entfallen 200 Millionen Euro auf den Aufbau von 5.000 Schnellladestationen (S-LIS) und 100 Millionen Euro auf den Aufbau von 10.000 Normalladestationen (N-LIS). Neben der Errichtung der Ladesäulen werden darüber auch der Netzanschluss und die Montage finanziert.

Bereits im März dieses Jahres hatte die CDU-Bürgerschaftsfraktion den Senat mit Drs. 21/8502 aufgefordert, dieses einmalige Fenster der Gelegenheit zu nutzen, um der E-Mobilität in Hamburg endlich mehr Dynamik zu verleihen. So war und ist der viel

¹ <http://www.abendblatt.de/hamburg/article209400647/Warum-Elektroautos-in-Hamburg-so-selten-sind.html>.

² <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2017/019-dobrindt-e-ladesaeuloffensive.html>.

zu langsam voranschreitende Ausbau der Ladeinfrastruktur der zentrale Faktor für die Schleichfahrt der Elektromobilität in Hamburg. Statt wie im Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN angekündigt, „600 öffentlich zugängliche Ladepunkte bis Mitte 2016 bereitzustellen“, existierten auch über ein halbes Jahr später davon nur etwa die Hälfte (327, Stand Ende Januar 2017). Diese Ladestationen, und hier insbesondere Schnellladestationen (S-LIS), werden allerdings dringend benötigt, um das Problem der im Vergleich zu Verbrennungsmotoren noch deutlich niedrigeren Reichweite von E-Fahrzeugen auszugleichen.

Es ist daher außerordentlich erfreulich, dass Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt im Rahmen der Ergebnispressekonferenz der Verkehrsministerkonferenz der Länder (VMK) am 28. April 2017 dem Präses der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) einen Förderbescheid über knapp 3 Millionen Euro überreichte, wodurch rund 600 zusätzliche Ladepunkte in Hamburg installiert werden sollen.³ Sowohl hinsichtlich der geplanten Standorte als auch hinsichtlich der Aufteilung zwischen Normal- und Schnellladestationen ist bislang allerdings nichts bekannt.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. in einer der nächsten Sitzungen des Verkehrsausschusses über die durch den Förderbescheid im Rahmen des „Bundesprogramms Ladeinfrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ermöglichte Errichtung zusätzlicher Ladestationen sowie der entsprechenden Planungen zu berichten;
2. dafür zu sorgen, dass im Gegenzug die für die Errichtung von Ladestationen zur Verfügung stehenden Landesmittel deutlich erhöht und dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden sowie der Bürgerschaft über die Umsetzung bis zum 31. Dezember 2017 zu berichten.

³ http://www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/17-04-27-28-vmk/17-04-27-28-pm.pdf?__blob=publicationFile&v=3.